

Protestaktion vor den Schulen geplant

Gegen Maskenpflicht für Kinder: Eine Gruppierung von Eltern sucht nach Teilnehmenden für einen Aufmarsch vor den Gemeindeschulen.

Valeska Blank

Ein Aufruf, vor den Schulen zu erscheinen, eine «Haftungserklärung» und ein Telefonleitfaden zur Rekrutierung von Teilnehmenden: Nachdem im Dezember bereits eine Onlinepetition gegen die Maskenpflicht für Kinder ab sechs Jahren kursierte, machen nun weitere Schreiben die Runde im Netz. Sie alle stammen aus der Gruppe derjenigen Personen, die sich gegen die Maskenpflicht an den Schulen aussprechen.

In einem nicht unterzeichneten Brief, der digital verbreitet wird, wird zu einer Protestaktion vor den Gemeindeschulen des Landes aufgerufen. Stattfinden soll sie am kommenden Montagmorgen, dem ersten Schultag nach den Winterferien.

Schulen sollen «volle Haftung» übernehmen

Die Gruppierung, die hinter dem Schreiben steht, hat offenbar schon alles akribisch durchgedacht. Im Brief beschreibt sie detailliert das geplante Vorgehen. Zur Teilnahme am Aufmarsch vor den Schulen animiert werden «Eltern, Grosseltern, Tanten, Onkels und Freunde», die «mit selbst oder von den Kindern gemalten Plakaten zu einer friedlich-freundlichen Pro-



Eltern haben bereits im Dezember 2021 während eines «Mahnmals» auf dem Peter-Kaiser-Platz ihren Unmut gegen die Maskenpflicht für Kinder zum Ausdruck gebracht. Bild: Daniel Schwendener

testaktion» kommen sollen. Weiter ist geplant, dass sich mindestens zwei Eltern direkt an die Schulleitung oder Lehrpersonen wenden. Diese sollen das Anliegen «knackig erklären» und sich «nicht einschüchtern lassen», wie es im Aufruf weiter heisst.

Ein Ziel der Aktion ist es, der Lehrerschaft bzw. der Schulleitung eine Haftungserklärung zur Unterschrift vorzulegen. Auch dazu kursieren verschiedene Muster in PDF-Format, die derzeit online im Umlauf sind. Die Unterzeichnenden sollen darin die «volle Haftung und Verantwortung» für die Schäden übernehmen, die die Gruppierung in Zusammenhang mit der Maskenpflicht für Kinder kolportiert.

Wie gross die Gruppierung hinter den Schreiben ist, lässt sich nur schwer abschätzen. Jedenfalls wollen sie noch mehr Unterstützer für die Aktion am Montag gewinnen. Dazu haben sie einen detaillierten Telefonleitfaden verfasst – inklusive komplett ausformulierten Sätzen, wie man Gleichgesinnte anspricht, Unentschlossene ins Boot holt und bei denjenigen, die kein Problem mit der Maskenpflicht haben, das Gespräch beendet. Zudem gibt der Leitfaden Tipps, wie auf «unterschwellig aggressive Angriffe» reagiert werden soll.

Schulamt: Schreiben werden «nicht akzeptiert» – Ausstiegsszenario aus Maskenpflicht wäre bereits klar

Das Schulamt hat Kenntnis von der Bewegung, wie aus einem Brief hervorgeht, den das Amt an Eltern und Erziehungsbeauftragte verschickt hat. Demnach sind von Eltern unterzeichnete Schreiben in den letzten Tagen bei verschiedenen Schulleitungen abgegeben wor-

den. Diese beinhalten etwa Aufforderungen zur Befreiung von der Maskenpflicht oder «anderweitige Forderungen», wie das Schulamt schreibt. Diese könnten jedoch «nicht akzeptiert werden».

Im Brief werden die Eltern zudem nochmals darüber auf-

geklärt, dass die Maske aus medizinischer Sicht keine negativen Auswirkungen auf die Kinder hat – auch nicht auf die Atmung oder die körperliche Entwicklung. Das Schulamt bitet darum, die Massnahme zu unterstützen, um angesichts der hochansteckenden Omi-

kron-Variante einen sicheren Schulbetrieb für alle zu gewährleisten.

Wegen Omikron wird in den kommenden Wochen ein Anstieg der Fallzahlen erwartet, der zu einer Häufung von Personalausfällen führen kann. Wenn viele Lehrperso-

nen wegen einer Ansteckung ausfallen, würde das auch den Schulbetrieb beeinträchtigen – was «weder im Sinne der Kinder, der Eltern noch der Schulen» sei, so das Schulamt. Das Amt stellt auch in Aussicht, unter welchen Bedingungen die Maskenpflicht während

des Unterrichts ab dem 24. Januar wieder aufgehoben werden kann: Nämlich dann, wenn sich genügend Schülerinnen und Schüler, die bis jetzt nicht bei den Schultests teilgenommen haben, in den kommenden Wochen dazu anmelden. (vb)

Kommentar

Pausenplätze sind kein Demonstrationsgelände

Am Montag geht nach den Weihnachtsferien die Schule wieder los. Ab der Primarschule müssen die Schülerinnen und Schüler ab sechs Jahren vorerst eine Maske tragen. Diese Massnahme darf man hinterfragen. Das gehört in einer Demokratie dazu.

Doch der Zweck heiligt nicht alle Mittel. Was einige Eltern und Mitstreiter – erneut im Schutz der Anonymität – für den kommenden Montag auf den Pausenplätzen planen, schiesst weit am Ziel vorbei. Mittels einer Telefonaktion inkl. entsprechenden Leitfadens sollen möglichst viele Eltern, Grosseltern und alle, «denen unsere Kinder am Herzen liegen», auf alle Schul-

höfe des Landes gelockt werden, um «mit selbst oder von Kindern gemalten Plakaten» ein «landesweites Zeichen» gegen die Maskenpflicht zu setzen.

Es geht den Initianten gemäss ihrem «Konzept» nur um den «Schutz der Kinder». Doch genau solche Aktionen gefährden die Kinder. Wie verstörend muss es für Erstklässler sein, wenn sie am Montag um 7.30 Uhr auf dem Pausenhof von hysterischen Erwachsenen mit Plakaten empfangen werden? Wenn jemandem die Kinder wirklich am Herzen liegen, dann kann es nicht das Ziel sein, sie mit einer solchen «Demonstration» in Angst und Schrecken zu versetzen.

Unabhängig davon, wie gross die Sorge gewisser Eltern bezüglich der Maskenpflicht ist: Die Pausenplätze sollten für solche Kundgebungen ein absolutes Tabu sein. Die Schulen dürfen nicht zu Schauplätzen von ideologischen Auseinandersetzungen verkommen und vor allem die Kinder nicht für politische Zwecke eingespannt werden.

Unzufriedene Eltern können jeden Montag auf dem Peter-Kaiser-Platz aufmarschieren – da wir eben nicht in einer Diktatur leben – und ihrem Unmut freien Lauf lassen. Um den Ärger und Coronafrust abzulassen, sind die Schulen aber definitiv die falsche Adresse. Dort herrscht

schon seit zwei Jahren Ausnahmezustand. Das Schulamt, die Schulleitungen und die Lehrpersonen tun alles dafür, dass ein möglichst normaler Schulbetrieb mit der grösstmöglichen Sicherheit für alle stattfindet. Dies alles mit dem Ziel, dass die Schulen offen bleiben. Auch die obskuren «Haftungserklärungen», welche die Initianten der Montagsaktion an die Schulleitungen und Lehrpersonen übergeben wollen, dienen dabei nicht dem Wohl der Kinder, sondern stören einzig und allein einen einigermassen normalen Schulalltag.

Man kann gegen eine Maskenpflicht für Kinder ab sechs Jahren sein. Sie aber als

«Kriegsverbrechen» und die regelmässigen PCR-Spucktests – als Alternative – als «physischen Kindesmissbrauch» zu bezeichnen, ist an Absurdität nicht mehr zu überbieten. Wer seinen Kindern daheim solche oder ähnliche Geschichten auftrifft, gefährdet seine Kinder auf jeden Fall mehr, als jede Massnahme je imstande sein wird.

Trotz des verständlichen Coronafrusts kann man deshalb nur an alle Eltern appellieren, vor allem gegenüber den Kindern vernünftig zu bleiben. Die Maskenpflicht mag unangenehm sein, aber sie geht vorbei. Eine unaufgeregte Erklärung, wie sie das Schulamt

an alle Eltern gerichtet hat, werden auch die Kinder verstehen. Und auch die Lehrpersonen werden die Kinder mit der entsprechenden Fachkompetenz durch die Situation begleiten – wenn man sie lässt.

Wem also wirklich die «Kinder am Herzen» liegen, bleibt am Montagmorgen den Schulhöfen fern.



Patrik Schädler «Vaterland»-Chefredaktor